

## Hubertus Buchstein

### Perspektiven Kritischer Demokratietheorie

#### 1. Einleitung: Zur Aktualität der 'demokratischen Frage'<sup>1</sup>

Zufällig, aber noch rechtzeitig zu den politischen Umbrüchen in Osteuropa war »die demokratische Frage« (Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989) auch in der bundesdeutschen Diskussion wieder zu einem Thema theoretischen Nachdenkens geworden. Es steht sogar zu erwarten, daß diese Koinzidenz zwischen realen politischen Geschehnissen (in Osteuropa) und politischer (westeuropäischer) Theorie noch eine Fortsetzung erfährt. Zu befürchten ist dabei allerdings, daß die anfängliche Euphorie über die Entstehung von Strukturen einer Civil Society in den Ländern des ehemaligen Ostblocks angesichts der sich dort abzeichnenden politischen Entwicklungen gerade in den Reflexionen Kritischer Demokratietheorie in einen Zustand theoretischer Ernüchterung umschlägt. Die neue demokratische Frage, die sich mit schier unausweichlicher Konsequenz zu stellen scheint, lautet: Wie soll und kann im Angesicht der alten Themen, die in Osteuropa so vehement auf die demokratietheoretische Agenda treten - genannt seien nur die derzeit zu beobachtende dramatische und zugleich ungeklärte Frage nach dem Zusammenhang von demokratischem Aufbau und ökonomischer Prosperität oder auch die drohenden Perspektiven von Nationalismus, Fundamentalismus und Bürgerkriegen - ein Projekt wie Kritische Demokratietheorie überhaupt noch sinnvoll betrieben werden?

Für die nächsten Jahre ist eine Spaltung des politischen Diskurses über Demokratie zwischen Ost und West zu erwarten. In den osteuropäischen Umbruchgesellschaften wäre man froh, wenn man auch nur einige der in Ernst Fraenkel's Pluralismustheorie aufgelisteten Elemente westlicher Demokratie dauerhaft installieren könnte; demgegenüber wird in den traditionellen westlichen Demokratien die seit Ende der siebziger Jahre in Gang gesetzte thematische Evolution die Demokratietheorie auch weiterhin beschäftigen. Gemeinsam ist beiden politischen Diskursen allein, daß ihnen die Projektion namens Sozialismus als theoretische Lösung verbaut ist. Auch wenn man diesbezüglich nur spekulieren kann: Was die westlichen Länder betrifft, so besteht wichtiger Klärungsbedarf insbesondere bei der Neudefinition des Verhältnisses von Demokratie und Sozialstaat (Offe 1987:508f; Preuss 1989b:4f). Und perspektivisch wird zumindest in den westlichen Ländern das Verhältnis von Demokratie zu globalen Fragen wie ökologischer Unversehrtheit noch weiter als in den letzten Jahren in den Vordergrund der demokratietheoretischen Agenda rücken (Demirovic 1991). Diese Themenverschiebungen gegenüber den sechziger und siebziger Jahren bleiben

---

1 Für kritische Anmerkungen danke ich Hans-Martin Döring und Rainer Schmalz-Bruns.

nicht ohne Rückwirkungen auf die zukünftige Akzentsetzung bei der Problemwahrnehmung der demokratischen Frage.

Schon der bisherige Akzent lautet 'Skepsis' und 'Rückbesinnung auf das Konzept westlicher Demokratie'. Wollte man einige aktuelle Beiträge linker Demokratietheorie in polemischer Absicht resümieren, so böte sich bezüglich des Attributs 'kritisch' im Kompositum Kritische Demokratietheorie folgende schlichte aber goldene Regel an: kritisch ist Demokratietheorie dann, wenn sie über den von Ernst Fraenkel - dem Doyen der bundesdeutschen Neopluralismustheorie - erreichten Reflexionsstand hinauslangt. Dies mag trivial klingen, zeitigt aber immer dann seinen heilsamen Effekt, wenn man sich beispielsweise den sachlichen Kern dessen vergegenwärtigen will, was etwa U.K. Preuss unter der Formel der 'reflexiven Repräsentation' (Preuss 1989a:59f) konkret versteht, wie sich Helmut Dubiel die konsensuellen Voraussetzungen von politischer Integration in modernen Gesellschaften vorstellt (Dubiel 1992), was Ulrich Rödel an der Totalitarismustheorie Gauchets bewundert (Rödel 1991) oder bei der Frage, welcher demokratietheoretische Beitrag von der Debatte um die Civil Society zu erwarten ist (Arato/Cohen 1989). Axel Honneth hat jüngst argumentiert, daß eine kritische Lösung des verhakten Problembündels der demokratischen Frage theoretische Ansätze auf mindestens drei Ebenen verlange: eine hinreichende Explikation der normativen Bestimmungsgründe von Demokratie; einen komplementär dazu angelegten machttheoretischen Zugriff auf die strukturellen Blockaden von Demokratie; sowie schließlich Angaben über die soziokulturellen Ressourcen des Ausbaus von Demokratie (Honneth 1992:62).

In leichter, aber entschiedener Variation dieser Trias von Honneth möchte ich im folgenden für eine institutionentheoretische Wende Kritischer Demokratietheorie plädieren. Traditioneller Marxismus und Kritische Theorie legen zuviel Wert auf die Frage nach den soziokulturellen Trägern ihrer jeweiligen politischen Hoffnungen - die Liste der Empfehlungen reicht vom Proletariat zu den Intellektuellen bis zu den Neuen Sozialen Bewegungen. Mein Plädoyer lautet demgegenüber, diese traditionelle Perspektive angesichts der fast abgeschlossenen Auflösung soziokultureller Milieus sowie anderer Effekte des gegenwärtigen Individualisierungsschubes in westlichen Industriegesellschaften durch eine institutionentheoretische Perspektive zu ergänzen. Demokratietheorie, gerade wenn sie sich als eine kritische Theorie verstehen will, benötigt zumindest für die Analyse westlicher Demokratien einen theoretischen Zugriff, mit der sie den zuweilen paradoxen Eigensinn politischer Institutionen in den Blick bekommen kann.

## 2. Institutionentheoretische Defizite der traditionellen Kritischen Theorie

Will sich Kritische Demokratietheorie institutionentheoretisch bewähren, so muß sie bei aller kritischen Attitüde in der Konsequenz letztlich insoweit 'positiv' werden, daß sie sich bis auf die Ebene der Auszeichnung demokratiegeeigneter

institutioneller Arrangements vortastet. Die institutionentheoretische Leerstelle war lange Zeit geradezu das Markenzeichen Kritischer Theorie - ein Tatbestand, dessen Wurzeln im wissenschaftshistorischen Kontext der Kritischen Theorie begründet sind (Buchstein 1989:499f). Die Attraktivität der Kritischen Theorie liegt ja wesentlich darin begründet, daß mit ihr der Versuch unternommen wurde, zwar auf marxistischem Boden zu bleiben, aber zugleich dem Ökonomismus der marxistischen Orthodoxie einen Eigensinn der bis dato als 'Überbau' verkürzten Bereiche entgegenhalten zu wollen. Diese Perspektive zeitigte auf dem Gebiet von Kulturtheorie oder Sozialpsychologie interessante Ergebnisse - und diese sind es wohl auch, auf die Honneth anspielt, wenn er die »Kulturdiagnose« als eine der drei theoretischen Aufgaben von Kritischer Demokratietheorie anführt (Honneth 1992:62). Doch für den Bereich der Politik und ihrer Institutionen gelangen der Kritischen Theorie vergleichbare Leistungen nicht; zu keiner Phase der Theorieproduktion verfügte der Kreis um Horkheimer über eine entsprechend elaborierte Theorie des Politischen. Schon bei Horkheimers Auflistung der Subdisziplinen des Interdisziplinären Materialismus in seiner programmatischen Direktoratsrede aus dem Jahre 1931 springt das Fehlen von Staatswissenschaft ins Auge. Diese thematische Lücke hatte neben Motiven, die den persönlichen Vorlieben des Kreises um Horkheimer geschuldet sein mögen, nicht zuletzt auch einen systematischen Grund. Als Ziel galt eine 'Theorie des historischen Verlaufs'. Die Kaprizierung auf 'Gesellschaft' als fundamentale Kategorie implizierte bei ihnen die Auflösung möglicher politikwissenschaftlicher Themen in soziologische und sozialpsychologische Fragestellungen. Die Gesellschaft werde nun einmal weniger von politischen Institutionen als dem Kitt von Kultur und psychischen Dispositionen zusammengehalten. Spätestens mit der 'Dialektik der Aufklärung' ergänzte ein wissenschaftstheoretisches Argument die Ausblendung des Politischen: Jede Fach- und Spezialdisziplin verfiel dem Verdikt, sich einzureihen in den universalen Verdinglichungszusammenhang des modernen positivistischen Wissenschaftsbetriebs.

Bei der Suche nach möglichen und für eine Demokratietheorie produktiven Auseinandersetzungen zwischen Kritischer Theorie und Politikwissenschaft stößt man in der sechzigjährigen Tradition der Frankfurter Schule auf vier engere Berührungen. Derzeit am aktuellsten ist sicherlich die Habermassche Zweistufenlehre von System und Lebenswelt; nun wäre es unfair, den systematischen Ertrag bei Habermas primär im institutionentheoretischen Gehalt seiner Theorie statt in ihren normativen Intentionen zu suchen. Einen zweiten Berührungspunkt markiert gegen Ende der sechziger Jahre eine Art politik-praktische Wende eines Teils der Schülergeneration am Frankfurter Institut. Damalige Arbeiten wie die von Hans-Jürgen Krahl oder Oskar Negt dokumentieren den Versuch, den gesellschaftspolitischen Verhältnissen der damaligen Bundesrepublik auf der Klaviatur der frühen Kritischen Theorie zum rebellischen Tanz aufzuspielen. Thema der damaligen Beiträge war zunächst eine nachhegelianisch inspirierte Kapital-Lektüre und später eine radikale Kritik politischer Institutionen in Form von

Staatsableitungsdebatte und Parlamentarismus- sowie Liberalismuskritik. Auffällig schnell versandeten diese Vorhaben; ihre heutigen Nachwirkungen sind eher therapeutischer Natur und drücken sich darin aus, daß so manche zur Kritischen Theorie rechenbare Autoren dieser vormaligen fundamentaloppositionellen Phase das institutionelle Repertoire westlicher Demokratien heute um so mehr mit realpolitischen Glacehandschuhen anfassen.

Ein dritter markanter Berührungspunkt zwischen politikwissenschaftlichen Fragen und Kritischer Theorie zeigte sich, zumindest auf den ersten Blick, in den Jahren 1936 bis 1942. Während der Emigration des Instituts für Sozialforschung traten mit Franz L. Neumann, A.R.L. Gurland und Otto Kirchheimer drei Wissenschaftler dem Kreis um Horkheimer bei, die gleichsam nachträglich die Lücke füllen sollten, die das Konzept des Interdisziplinären Materialismus auf dem Sektor des Politischen noch gelassen hatte. Alle drei Neuankömmlinge waren eher traditionell marxistischer Herkunft. Die interne Faschismuskontroverse am Institut enthüllt, daß die Gruppe um Neumann die von Horkheimer gehegten Erwartungen nicht erfüllt hat. Die damalige Auseinandersetzung offenbart eine heute auf den ersten Blick verblüffende Konstellation: die Gruppe um Horkheimer, die bezüglich des 'Staatskapitalismus' von Primat der Politik sprach, ignorierte forschungspraktisch im heutigen Sinne politikwissenschaftliche Fragen vollständig, während die angeheuerten Experten für dieses Gebiet in ihrer Theorie des 'totalitären Monopolkapitalismus' den Eigensinn des Politischen erst wieder beschnitten und in ökonomische Zusammenhänge einbetteten. Nach ihrer Trennung vom Institut betraten alle Drei die akademische Bühne in der Rolle von Politikwissenschaftlern. Die Feststellung ist nicht ohne Brisanz, daß Neumanns Spätwerk keine Bezüge mehr zur Kritischen Theorie aufweist und Gurland sich einer Mischung aus traditionellem Marxismus und reiner Empirie verschrieb. Für beide gilt wohl, daß sie erst in dem Maße zu Politikwissenschaftlern wurden, wie sie sich noch weiter von der Kritischen Theorie abkoppelten. Ein anderer Weg findet sich allein bei Kirchheimer, dessen Spätwerk deshalb als vierter und wohl aussichtsreichster Anknüpfungspunkt heutiger Überlegungen gelten kann (Buchstein 1992a). Besonders in den Arbeiten seiner letzten fünf Lebensjahre sind gesellschaftsdiagnostische Äußerungen eingestreut, bei denen zwar nicht recht klar wird, inwieweit hier eine persönliche Resignation ihren kulturpessimistischen Ausdruck gefunden hat, oder ob es zu einer ernsthaften Rezeption der Nachkriegsarbeiten von Adorno gekommen ist, die er aber einweben kann in eine Analyse des institutionellen Designs moderner Demokratien. Genannt seien nur seine Überlegungen zum Parteiensystem, den Verbänden oder der Opposition. Und vielleicht ist es auch mehr als ein Zufall, daß Kirchheimer als einziger Vertreter der alten Kritischen Theorie zu diesen Zwecken teilweise auch auf Arbeiten aus dem Rational-Choice-Ansatz wie denen von Downs zurückgegriffen hat.

Autonomie des Politischen läßt sich auf zwei Arten verstehen. Zum einen kann damit gemeint sein, daß politisches Handeln über eine irreversible Kontingenz

verfügt. Dies ist die Position von Hannah Arendt, die gegen die strukturellen Festlegungen im Politikbegriff des Historischen Materialismus Politik ganz voluntaristisch als spontan aufflackernd und in seiner Richtung für unberechenbar erklärt. Demgegenüber möchte ich auf der These eines möglichen strukturellen Bias beharren. Gemeint ist dabei aber zunächst eingeschränkter (und zudem im Unterschied zu Arendt, die auf das Handlungsmoment des Politischen zielt) der Eigensinn politischer Institutionen. Will Kritische Demokratietheorie bei der Beantwortung der demokratischen Fragen mithalten können, muß sie in Absetzung sowohl von ihrer anti-institutionalistischen Tradition wie der neuerdings vertretenen These, daß Institutionen einen offenen Rahmen politischer Inanspruchnahme abgeben könnten (Rödel/Frankenbergl/Dubiel 1989:17), eine gleichsam institutionentheoretischen Wende vollziehen.

Wie entgegen der angedeuteten Defizite der Tradition eine institutionentheoretisch informiertere Kritische Demokratietheorie aussehen müßte, ließe sich vielleicht noch am ehesten in Anschluß an neuere Arbeiten von Claus Offe plausibel machen (Offe 1986b, 1989). Unabhängig davon scheint es sinnvoll, zunächst ganz generell auf drei unterschiedliche Aufgabenzuweisungen politischer Institutionen hinzuweisen. Politischen Institutionen wird zunächst einmal die Aufgabe zugewiesen, als entlastende Steuerungsmedien zu fungieren. In der liberalen Tradition wird politischen Institutionen zusätzlich die Aufgabe zugeschrieben, politische Rechte von Individuen zu garantieren (konstitutionelle Grundrechte; pluralistische checks and balances). Der Anspruch Kritischer Demokratietheorie müßte darüber hinausgehend auf die Auszeichnung solcher institutionellen Arrangements zielen, die neben der sachlichen und der Individualrechte hegenden Funktion auch eine gleichsam rückendeckende Aufgabe dergestalt erfüllen, daß sie zur politischen Beteiligung ermuntern und dabei gleichzeitig Prozesse rationaler politischer Willensbildung fördern. Oder, um es etwas überspitzt zu formulieren: Demokratie muß zumutbar bleiben - und zwar sowohl für moralisch motivierte postkonventionelle wie auch für rein strategische Akteure - und nicht von vorne herein im Gegensatz zu eigenen kurzfristigen Interessen der Beteiligten hin ausgelegt werden. In einer solchen Perspektive geht es darum, nicht nur nach den allgemeinen gesellschaftsstrukturellen, sondern auch nach den im Detail anzugebenden Möglichkeitsbedingungen von Demokratie zu suchen; mit einer solchen thematischen Fokussierung ist wohl auch der rationale Kern der gegenwärtigen Debatte um die Civil Society angegeben (Schmalz-Bruns 1989, 1992a).

### **3. Demokratietheorie und Machtkritik: Idealpräferenzen und Realpräferenzen**

Will Demokratietheorie kritisch sein, muß sich ihre Kritik laut Honneth (1992: 62) auch auf jene Prozesse und Strukturen erstrecken, von denen das Demokratiepostulat gesellschaftlich blockiert wird. Sie muß also auch noch durch das

zweite Nadelöhr der Machtanalyse hindurch. Hier liefert die traditionelle Kritische Theorie zwar verschiedene Programmatiken, sie alle scheitern aber am gleichen theoretischen Konstruktionsproblem.

Machttheoretisch gesehen läßt sich der Impetus der Kritischen Theorie dahingehend zusammenfassen, daß sie entgegen dem pluralistischen oder besser: subjektivistischen Machtbegriff auf der Position beharrt, daß in der Selbstausslegung von Akteuren dergestaltige systematische Verblendungen zumindest a priori nicht ausgeschlossen werden können, die verhindern, daß bestimmte Machtverhältnisse in den Blick der Subjekte geraten. In ihren bisherigen Überbietungsversuchen der subjektivistischen Machttheorie hat sich die Kritische Theorie ins Lager einer objektivistischen Machttheorie geschlagen (Balbus 1971). Angesichts der notwendigen Eminenz für Geltungsgründe vermeintlich objektiver Interessen hat sich ein solcher Theorieansatz den Vorwurf totalitärer Implikationen eingehandelt. Will politische Theorie entgegen dem pluralistischen Attentismus bei der Interessenbewertung an der Möglichkeit der Kritik von subjektiven Präferenzen festhalten, ist die Gegenüberstellung mit 'objektiven Interessen' eine methodologische Sackgasse. 'Richtige' oder 'objektive Interessen' lassen sich entweder dezisionistisch bzw. ontologisch setzen oder im Kontext einer Theorie der Gesellschaft als rational ausweisen. Stehen ein dezisionistischer und ein neoaristotelischer Ansatz nicht ernsthaft zur Debatte, hat die objektivistische Machttheorie als ihre logische Voraussetzung eine ausformulierte Theorie der Gesellschaft, im Rahmen derer die strukturellen gesellschaftlichen Determinanten unzweifelhaft beschrieben sind. Solange dieses von der Kritischen Theorie seit über sechzig Jahren eingeklagte Projekt einer umfassenden Theorie der Gesellschaft auch nach Angabe ihrer derzeitigen Advokaten nicht detailliert genug ausgeführt ist, müßte sich eine Kritische Demokratietheorie nach dem bisherigen Konzept in ihrer machtkritischen Intention zurückhalten.

Aus diesem Dilemma bietet der Anschluß an einen anderen methodologischen Zweig der Handlungstheorie einen Ausweg. Die damit propagierte Theorieoption führt die Kritische Theorie in die Nähe eines bisher größtenteils ignorierten Akteurskonzepts, welches zugleich den systematischen Ort markiert, wo Kritische Theorie von Rational-Choice-Theorien argumentative Hilfe erwarten kann. Hilfreich ist dabei insbesondere der Rückgriff auf die in der Spieltheorie Verwendung findende Konfiguration des Prisoner-Dilemma (PD-Game). Über diesen Weg läßt sich für die machttheoretische Fragestellung ein Argumentationsfaden aufnehmen, den H. Frankfurt, A. Sen, R.C. Jeffrey und A.O. Hirschman mit ihren Unterscheidungen zwischen first-order-volitions und second-order-volitions (oder meta-preferences) vorgelegt haben.<sup>2</sup>

2 Vgl. die Überlegungen zum Präferenzbegriff der neoklassischen Ökonomie von Amartya Sen unter der Fragestellung des 'ordering of the preference orderings' (Sen 1974, Schelling 1984, Elster 1987:74) sowie Albert O. Hirschman über Meta-Präferenzen (Hirschman 1982:74-84, 1989:226-231, George 1984). Alle Überlegungen dieser Art schließen letztlich an das Konzept der 'second-order-volitions' von Harry Frankfurt an (Frankfurt 1971), der das spezifisch Humane erst in der Thematisierung einer 'Präferenz, bestimmte Präferenzen zu haben', erkennt.

Das PD-Game beschreibt bekanntlich einen Fall strategischer Handlungsoptionen, in dem Akteure nicht ihren gemeinsam als 'eigentlich' erkannten Interesse folgen, sondern sich ob der kontextuell gegebenen Auszahlungsmatrix dazu veranlaßt sehen, von ihrer Handlungsorientierung zugunsten einer anderen, alle im Endeffekt schlechter stellenden abzusehen. Das Rationalitätskalkül in Situationen des PD-Game stellt sich folgendermaßen dar: Ego weiß, daß sehr viele Einzelbeiträge nötig sind, damit ein von Ego intendiertes Gut bereitgestellt wird. Von der Realisierung dieses Einflusses haben im Bereitstellungsfalle auch alle Nichtbeitragenden ihren Nutzen und können davon auch nicht ausgeschlossen werden. Ego ist zwar generell bereit, seinen Obolus zu entrichten, muß freilich damit kalkulieren, daß andere sich anders entscheiden und ihren Beitrag zurückhalten. Egos Opfer wäre sinnlos, wenn sich nicht genügend andere Akteure beteiligten. Zugleich ist Ego bekannt, daß der direkte Effekt seines Einzelbeitrages allein zu gering ist, um für die Bereitstellung des Gutes ausschlaggebend zu sein. Wenn alle anderen sich beteiligten, käme es auf Egos Verweigerungshaltung auch nicht mehr an. Wie Ego es auch wendet: Sein Beitrag ist, ohne daß er es beeinflussen könnte, sinnlos. In einem Falle ist er vergeblich, im anderen überflüssig. Die Pointe der PD-Konfiguration besteht darin, daß in Konstellationen, wo alle beteiligten Akteure derart rationale Nutzenkalküle anstellen, das Resultat sozialen Handelns in kollektiver Irrationalität mündet.

Das PD-Game repräsentiert eine soziale Konstellation, in der alle beteiligten Akteure dazu gezwungen sind, von der Idealität ihrer eigentlichen Interesses im faktischen Verhalten Abstand zu nehmen. Sie müssen diesen Verzicht nicht deshalb leisten, weil sie, wie dies häufig in politischen Aushandlungsprozessen der Fall ist, gewisse Kompromisse zugunsten gegenläufiger Interessen der anderen Akteure einzugehen haben. Im Gegenteil. Unterstellt sind gleichlaufende Interessen der involvierten Akteure. Die Konstellation spieltheoretischer Dilemmata läuft auf die Aufspaltung des subjektiven Interessenbegriffs hinaus. Ich möchte diesen Dualismus als Differenz zwischen Ideal- und Realpräferenzen bezeichnen. Aus Sicht des Einzelakteurs tut sich eine Kluft zwischen einer subjektiv als richtig angesehenen Präferenz und der Art und Weise, wie er unter der Konstellation der PD-Auszahlungsmatrix handeln wollte und sollte, auf. Der rationale Akteur ist in diesem Modell zur Orientierung an Realpräferenzen gezwungen, die sowohl für ihn wie für seine Mitspieler unterhalb ihrer Idealpräferenzen rangieren. Als Idealpräferenz gilt diejenige Verhaltensorientierung, in welcher der Akteur seine eigentlichen Interessen wiederfindet; als Realpräferenz gilt diejenige Verhaltensorientierung, welche der Akteur unter den Bedingungen der Auszahlungsmatrix eines PD-Games rational an den Tag legen wird.

Im Unterschied zu Claus Offe und Ulrich K. Preuss<sup>3</sup>, die bei ihrer Rezeption des

---

In der amerikanischen Sozialphilosophie hat dieser Gedanke mittlerweile zu einer Neuaufnahme der Diskussion um die Bedingungen für Autonomie und Willensfreiheit geführt, vgl. Christman 1988.

3 Laut Preuss müssen heutzutage Institutionen »die von Rousseau noch vorausgesetzten Eigen-

Kategorie Meta-Präferenzen durch die Hintertür doch wieder mit dem Gemeinwohl hantieren, verstehe ich Idealpräferenzen zunächst ohne jede Gütequalifikation eines moral point of view. Paternalistische oder gar totalitäre Mißverständnisse, wie sie etwa in Herbert Marcuses Manipulationsthese immer wieder hineingelesen werden, kann es bezüglich des Begriffs Idealpräferenz schon vom kategorialen Ansatz her nicht geben. 'Ideal' an den Idealpräferenzen ist zunächst nur der Anspruch auf ihre formale Rationalität, wie er schon in der angeblichen Konsumentensouveränität der neoklassischen Ökonomie unterstellt ist. Zu diesen Rationalitätsanforderungen soll ein Katalog normativ schwacher, rein formaler Gütekriterien zählen. Subjektive Präferenzen sind dann formal rational, wenn sie mit einem gewissen Zeitaufwand erwogen worden sind und eine gewisse Persistenz aufweisen (Zeitdimension), wenn sie informiert getroffen sind (materiale Dimension) und wenn schließlich die zusammengestellten Präferenzlisten intern konsistent sind (logische Dimension). Idealpräferenzen implizieren gewisse Annahmen über ihre logische, materiale und temporale Gütequalität. Sie verlangen ein gewisses Maß an Selbstdistanzierung und kritischer Selbstvergewisserung der Akteure. Und ihr Wandel setzt dementsprechend reflektierte Auseinandersetzungen im Inneren des Ichs voraus. Das Gütekriterium der formalen Rationalität verzichtet im Unterschied zur üblichen Orientierung Kritischer Theorie zunächst ganz bewußt auf die substantialistische Kategorie eines Gemeinwohls oder verallgemeinerbaren Interesses - eine kritische Pointe bekäme eine derart voraussetzungslose Orientierung am Definitionsgebrauch der neoklassischen Ökonomie allerdings dann, wenn sich zeigen ließe, daß bestehende politische Institutionen dieses formale Rationalitätskriterium systematisch unterminieren.

Die anhand des PD-Games gewonnene Unterscheidung von Ideal- und Realpräferenzen steht quer zu den interessentheoretischen Positionen des Pluralismus bzw. Liberalismus und der bisherigen Kritischen Theorie. Gegen die Position eines behaupteten 'richtigen' Interesses insistiert die vorgenommene Unterscheidung auf dem liberalen Postulat der inhaltlichen Offenheit des Interessenbegriffs; gegen den Liberalismus wiederum insistiert sie auf der Möglichkeit, daß Interessen nicht erst ab dem Wegeabschnitt nach ihrer Artikulation im politischen Prozeß 'verfälscht' werden können, sondern daß diese Verzerrung bereits eine Stufe vorher, bei der situativ bedingten Interessenformulierung vonstatten gehen kann. Die machttheoretischen Konsequenzen dieser Überlegungen liegen auf der Hand.

---

schaften und Fähigkeiten des citizen herausfordern und formen und dem Begriff des Gemeinwillens seine stets mitgedachte kollektive Rationalität vermitteln« (Preuss 1989a:61). Entsprechend verwendet Preuss den Terminus Meta-Präferenzen folgendermaßen: »Meta-Präferenzen, d.h. der Wunsch, statt nach der geäußerten und betätigten Präferenz 'eigentlich', kraft besserer Einsicht oder durch Moral, nach einer anderen Präferenz zu handeln, sind Ausdruck jenes individuellen Reflexionspotentials, das gleichsam die unterdrückte Seite des citizen im bourgeois repräsentiert« (Preuss 1989a:61; vgl. auch Preuss 1989b:10 und Offe 1986a:221). Ich habe den Terminus 'Idealpräferenz' gewählt, um mich von dieser gemeinwohlorientierten Engführung durch Offe und Preuss abzusetzen. Es leuchtet nicht ein, warum aus der Aufspaltung in Präferenzen und Meta-Präferenzen sich zugleich ableiten lassen soll, daß letztere sich nur an nicht-partikularistischen Entitäten orientieren können dürfen.



Machttheoretisch erlauben sie, daß es in solchen wie den geschilderten Fällen über die enge Webersche Qualifikation hinaus möglich bleibt, auch in einem weiteren Sinne von Macht zu sprechen. Um Machtausübung im negativen Sinne handelt es sich - neben dem von Weber vorgesehenen Fall unmittelbarer Interessenbeschneidung - auch dann, wenn ein Akteur aufgrund einer PD-Konstellation dazu 'gezwungen' ist, statt seiner eigentlichen Idealpräferenzen nur seinen situativ angemessenen Realpräferenzen zu folgen.

Aus dieser Perspektive gewinnt die Frage, unter welchen Bedingungen Realpräferenzen zu Idealpräferenzen aufschließen können, machttheoretische Bedeutung. Für die Frage, ob und wie PD-Konstellationen bei der Annahme nutzenmaximierender Akteure zu lösen sind, sind Zeit- und Kontextmomente ausschlaggebend. Den Ansatzpunkt für eine theoretische Lösung bieten Arbeiten von Axelrod u.a. auf dem Gebiet der Theorie wiederholter (iterativer) Spiele. Folgt man der Theorie iterativer Spiele, so kann innerhalb des zweckrationalen Handlungsmodus der Akteur die Kooperationsgewähr - oder zumindest berechtigten Anlaß für diese - erst dann erhalten, wenn es sich nicht um ein einmaliges Spiel, sondern um wiederholte Spiele mit unbestimmtem oder unendlichem Zeithorizont handelt (Axelrod 1984; Taylor 1987). Die Theorie der iterativen Spiele modelliert eine Art ideale Spielsituation. Sie entspricht dem Fall, wo Ideal- und Realpräferenzen in einer Welt von Egoisten ohne zentrale Kontrollinstanz zusammenfallen können. Bezogen auf die Differenz zwischen Real- und Idealpräferenz bietet die ideale Spielsituation den normativen Fluchtpunkt letzterer, ohne daß sie selbst moralische Ansprüche an die Orientierung der Akteure stellt. Sie geht im Gegenteil von nichts anderem aus als dem 'worst case' eines pur egoistischen (im Gegensatz zum immer schon tugendgefärbten Theorem des 'wohlverstandenen') Eigeninteresses sowie dem Verzicht auf institutionelle und zeitliche Restriktionen. Die ideale Spielsituation gibt somit eine Richtlinie für die Begründung oder Kritik von institutionellen Machtstrukturen ab. Um Macht handelt es sich immer dann, wenn zwei Akteure sich ihrer gemeinsamen Interessen schon versichert haben (oder haben könnten), diese Idealpräferenzen aufgrund einer PD-Situation aber nicht in entsprechendes soziales oder politisches Verhalten übersetzen. Die PD-Konstellation 'übermächtigt' beide gleichsam und läßt sie für kollektiv suboptimale Realpräferenzen optieren. Macht bedeutet den Zwang zur Abweichung von Idealpräferenzen. Machttheoretisch bedeutet dies, daß Macht ein Janusgesicht erhält. Sie taucht dann weder einseitig positiv noch einseitig negativ, sondern doppelt auf: einmal im PD-Game als dilemmatische Konstellationsstruktur, die den Akteur dazu 'zwingt', statt seiner eigentlichen Idealpräferenzen lediglich situativ angemessenen Handlungspräferenzen zu folgen. Bei Überwindungsstrategien des PD-Games kann Macht als moralischer Druck oder organisatorische Vorgabe erscheinen, durch die die Akteure in ihrem eigenen Interesse zu kooperativen Spiellösungen 'gezwungen' werden.

#### 4. Kritische Theorie und Rational Choice

Folgt man dem skizzierten Vorschlag, die subjektivistische Machttheorie zu überbieten ohne sich in den bisherigen methodologischen Problemen einer objektivistischen Machttheorie verfangen zu wollen, so bedeutet dies in der Konsequenz, daß Kritische Theorie einen neuen Bündnispartner hat. War es seit Ende der sechziger Jahre die Systemtheorie, die für die notwendige 'Realitätszufuhr' der Kritischen Theorie sorgen sollte, müßte diese Rolle heute und besser von Theorien der Neuen Politischen Ökonomie (Rational Choice) ausgefüllt werden können.<sup>4</sup> Rational Choice arbeitet wie die Systemtheorie mit einem instrumentellen Rationalitätsbegriff. Im Unterschied zur Systemtheorie bringt sie freilich wie die Theorie des kommunikativen Handelns primär die Handlungsperspektive in Anschlag. Gerade in der Kritik an Habermas wird immer wieder argumentiert, daß seine Rezeption der Systemtheorie verantwortlich zu machen sei für den letztlich geringen demokratischen Output seiner Theorie. Die Option für den Rational-Choice-Ansatz mag zunächst als weiterer Rückschritt erscheinen, ist er doch seitens Kritischer Theorie geradezu dafür gefürchtet, völlig unreflektiert der Weberschen Spaltung in Wertrationalität und Zweckrationalität verhaftet zu bleiben. Dies mag eine berechtigte Kritik sein, trifft aber nicht die neueren und aus Sicht der Kritischen Theorie eigentlich interessanten Entwicklungen auf dem Gebiet von Rational Choice. Wichtig ist in diesem Kontext vor allem, daß neben den selbstverständlichen Voraussetzungen zweckrationalen Handelns (Transitivität und Mindestkonsistenz von Präferenzlisten) bei Autoren wie Jon Elster oder Amartya Sen zunehmend weitere Qualifikationen hinzukommen, die als notwendig erkannt werden, um Akteuren überhaupt so etwas wie Strategiekompetenz unterstellen zu können (Wiesenthal 1987:446).

Zu diesen Zusatzbedingungen gehört u.a. ein Mindestmaß an Information und die Fähigkeit, als 'globaler Nutzenmaximierer' das Problem der akrasia (Willensschwäche) 'überspielen' zu können (Elster 1987:67ff). Beide Bedingungen sind notwendige Voraussetzungen von Strategiekompetenz im Sinne der oben definierten formalen Handlungsrationalität. Problematisch werden die Annahmen über diese Voraussetzungen dann, wenn sich zeigen läßt, daß der zweckrationale Akteur von Rational Choice in dem Augenblick, wo er die Maßstäbe seiner Zweckrationalität konsequent auf sein Verhalten anwendet, genau die Qualifikationen verliert, die ihn erst zu einem rationalen Akteur im Sinne der Neoklassik machten. Ein solcher Mechanismus besteht und läßt sich am einfachsten am Beispiel des Gutes Information illustrieren. Der rationale Akteur weiß, daß Informationen erstens Kosten verursachen (Rasmussen 1989) und er zweitens nie vor der Situation eines dem PD-Game analogen information-dilemma (Keck 1987) gefeit ist. Schon Schumpeter und nach ihm Downs konnten zeigen, daß rationale

---

4 Mit den Arbeiten von Roemer (1982) und Przeworski (1986) haben sich auch bereits einzelne Autoren des Neomarxismus für die Spieltheorie geöffnet. Vgl. kritisch dazu Müller 1988 und Honneth 1990.

Akteure aus Gründen der Informationsökonomie zu geringen Aufwendungen in diesem Bereich neigen werden (Schumpeter 1942:425). Die permanent suboptimale Versorgung mit Informationen wirkt sich nicht nur auf die Inhalte der Präferenzlisten und Richtung von Präferenzwandel aus, sondern muß bereits eine Stufe vorher bei der Beurteilung der Frage, welche Spielstrategie bei gegebenen Präferenzen denn die beste Kosten/Nutzen-Ausbeute ergibt, angesetzt werden. Wenn diese Überlegung zutrifft, dann bedürfen die Mitspieler bereits auf der Ebene der rein strategischen Spiele der reflexiven Selbstvergewisserung ihrer Optionen. Für Fälle wie die genannten lassen sich mit etwas Phantasie institutionelle Mechanismen vorstellen (Elsters rationale Selbstbindung; Informationszwang<sup>5</sup>), mit denen sich die rein formalen Bedingungen von Zweckrationalität einholen lassen. Das Informationskostenargument bedeutet in der theoretischen Konsequenz allerdings, daß die von vielen Spieltheoretikern vertretene Hobbesianische Option, nämlich das Problem mittels institutioneller Constraints zu lösen, prekär bleibt: Strategieinkompetenten Akteuren kann noch nicht einmal durchgängig die Kompetenz unterstellt werden, wenigstens diese Constraints rational auszuwählen.

Die beiden genannten Punkte verweisen - gegen einen kruden neoklassischen Rational-Choice-Ansatz von Konsumentensouveränität - darauf, daß das Problem einer reflexiven Präferenzbildung nicht erst bei der Frage nach dem moralischen Gehalt von Präferenzen auftaucht, sondern bereits auf der Stufe manifest wird, wo es erst einmal 'nur' um die Zweckrationalität von Handlungen geht. Letzlich ergibt sich so aus der Explikation der Voraussetzungen für die Strategiekompetenz zweckrationaler Akteure und der Suche nach Mechanismen ihrer Durchsetzung ein Set an Optionen, der bei der Frage nach den Möglichkeitsbedingungen rationaler Entscheidungen wieder in den schon genannten institutionentheoretischen Kontext einmündet.

## 5. Argumente für eine institutionentheoretische Wende Kritischer Demokratietheorie

Ein - allerdings in der Konsequenz unbefriedigend bleibender - Weg bei der institutionentheoretischen Übersetzung der Machtanalyse besteht darin, über die Vorstellung eines 'multiple self' Individuen als Träger paralleler Präferenzlisten zu definieren, deren Gehalt sich dann grob in gemeinwohlorientiert und egoistisch unterscheiden läßt. Aufgabe politischer Institutionen wäre es dann, solche situativen Kontexte zu generieren, daß im Zweifel immer die gemeinwohlorientierte Liste herausgelockt würde. Die Unterscheidung, die in diesem

---

5 Also beispielsweise institutionelle Regeln wie Moratorien, mit denen bestimmte Personengruppen sich selbst verpflichten, sich bei bestimmten Themen und Gelegenheiten auf sachliche Erwägungen einzulassen.

Ansatz subkutan immer mitläuft, ist die zwischen einem demokratischen Universalismus auf der einen und einem interessenpolitischen Partikularismus auf der anderen Seite; also der Spaltung des Bürgers in *citoyen* und *bourgeois*.<sup>6</sup> Wobei es dann die Aufgabe politischer Institutionen sei, den allgemeinen Willen zur Geltung kommen zu lassen. 'Preference-learning' meint in diesem Sinne 'preference-laundering': es soll der *citoyen* aus dem *bourgeois* herausgekitzelt und zur Geltung gebracht werden (Goodin 1986). Angesichts der oben angeführten Argumente scheint es problematisch, die formulierten Interessen von Bürgern einer Demokratie bereits so früh mit dem Gütekriterium 'demokratischer Universalismus' zu konfrontieren. Quasi über die Hintertür setzt hier doch wieder eine Zensur von 'richtigen' und 'falschen' Bedürfnissen ein.

Wegen dieser Abhängigkeit vom moralphilosophischen Aufweis verallgemeinerbarer Interessen halte ich es gegenüber solchen Überlegungen zum Thema 'laundering preferences' (Goodin) für zunächst attraktiver, wenn man das vorgelagerte Problem der Strategiekompetenz in den Mittelpunkt institutionenkritischer Überlegungen rückt. Die Kritische Theorie der achtziger Jahre - und dies gilt *cum grano salis* von Habermas bis Rödel/Frankenberg/Dubieli - hat die politischen Basisinstitutionen westlicher Demokratien rückhaltlos akzeptiert. Worum ihr Streit alleine geht, ist die Frage, in welchem Maße man das bestehende institutionelle setting aktivieren, verflüssigen oder anreichern sollte, und hier spielen dann Theorien der Öffentlichkeit, des zivilen Ungehorsams oder des Dritten Sektors ihre Rolle. Notwendig ist demgegenüber eine erneute Thematisierung der qualitativen Selektivitäten, die weniger im institutionellen Gesamtgefüge (z.B.: Pluralismus- und Korporativismuskritik) als in den je einzelnen Institutionen der modernen Demokratie selbst zu finden sind. Wie eine solche Kritik institutioneller Arrangements anzusetzen ist, sei mit Rückgriff auf die vorgenommene Unterscheidung von Idealpräferenzen und Realpräferenzen illustriert. Mit der dabei vorgeschlagenen institutionalistischen Perspektive Kritischer Demokratietheorie erscheinen die asymmetrischen Effekte institutioneller Formen von Politik im Unterschied zu einer klassentheoretischen Orientierung Kritischer Theorie nicht primär »als jeweilige Verkörperungen einer moralischen Konsensbildung« (Honneth 1985:303), die von kollektiven Akteuren kompromißhaft erzielt worden sind, sondern zunächst als nicht-intendierte (und auch darin eigensinnige) Konsequenzen von Institutionalisierungsprozessen.

Realpräferenzen wurden als regressiv, kritikwürdig und damit verbesserungsfähig identifiziert. Wenn regressive Präferenzen im geschilderten Sinn als abhängige Variable situativer Kontexte gedeutet werden, dann kann ihre Re-Idealisierung offensichtlich auch durch Veränderung eben dieser Kontexte vollzogen werden. Dies führt direkt zur Frage der Selektivität politischer Institutionen. Selektivität bedeutet, daß eine Institution trotz ihres formal neutralen Charakters

---

6 »Während die Privatrechtssubjekte ihre je eigenen Interessen verfolgen dürfen, sollen sich die Staatsbürger am Gemeinwohl orientieren, sich über ihre gemeinsamen Interessen verständigen« (Habermas 1991a:148).

die kandidierenden Input-Elemente nicht anteilgerecht weiterleitet, sondern bestimmte soziale und politische Bedürfnisartikulationen prämiert und andere diskriminiert, wobei letzteres bis zum Ausschluß gehen kann. Aussagen über institutionelle Selektivitäten lassen sich danach unterscheiden, ob sie den quantitativen oder den qualitativen Aspekt der Selektionsleistung ansprechen. Quantitative Selektivität meint, daß Institutionen im Zuge der von ihnen zu leistenden Komplexitätsreduktionen die Einflußstärken auf der Input-Seite des politischen Prozesses verzerrt in die Output-Seite transformieren. Theorien der quantitativen Selektivität können sowohl individualistisch wie strukturtheoretisch ansetzen. Paradebeispiel individualistischer Theorieansätze sind Überlegungen über die Konsequenzen unterschiedlicher Wahlsysteme (Riker 1982, Mueller 1989) oder Mancur Olsons Theorie des kollektiven Handelns (Hardin 1982). In der strukturtheoretischen Tradition des Marxismus besteht das selektive Pendant im bürgerlichen Staat, der als Agent bestimmter sozialer Gruppen auftritt. Von den Autoren, die der Kritischen Theorie nahestehen, sind als weitere Selektionsinstanzen des politischen Systems u.a. der Rechtsstaat (Neumann 1936), das Parteiensystem (Kirchheimer 1965) oder das Mehrheitswahlrecht (Offe/Guggenberger 1984) beschrieben worden. Eine zweite Form institutioneller Selektivität läßt sich als qualitative Selektivität bezeichnen. Damit sind Phänomene folgender Art gemeint: Zunächst das aus der Policy-Forschung in Anschluß an Theodore Lowi's Unterscheidung von mehreren Arenen der Politik diagnostizierte Phänomen, daß bestimmte politische Interessen und Bedürfnisse schlicht an den Input-Sensoren des politischen Systems abprallen (Offe 1969:162f).

Bezogen auf den skizzierten machttheoretischen Kontext hat qualitative Selektivität noch einen zweiten und unterhalb des ersten Phänomens ansetzenden Aspekt. In diesem Falle meint Selektivität, daß vor Vorgängen der quantitativen Verzerrung oder qualitativen Inkompatibilität bereits auf die Formulierung der Interessen Einfluß genommen wird. Schon die artikulierten Bedürfnisse sind selektiv zurechtgestutzt. Wenn Präferenzlisten als abhängige Variable situativer Kontexte zu verstehen sind, so sei zum Zwecke der nachfolgenden Überlegung noch einmal an den Sonderfall des PD-Games erinnert; die Tragik des Akteurs in einer PD-Situation und damit der Kern der dargelegten Argumentation lautete: anstatt das Handeln an subjektiv für richtig befundenen Idealpräferenzen zu orientieren, orientiert er sich an faktischen Realpräferenzen. Die qualitative Selektivität derart figurierter institutioneller Arrangements besteht in diesem Falle darin, daß regressive Realpräferenzen provoziert und die 'eentlichen' Interessen der Akteure noch nicht einmal bis an die Input-Stelle des politischen Prozesses gelangen. Um das aus der Verbändetheorie bekannte Beispiel des politischen Einflusses für einen Issue als Öffentliches Gut zu nehmen: wenn alle Anhänger des Issues nach der beschriebenen Logik des kollektiven Handelns agieren, scheitern sie nicht erst daran, daß ihre Interessen diskriminiert werden oder abprallen, sondern daß diese gar nicht mehr meßbar artikuliert werden, weil sich strategieinkompetente Akteure ihrer gar nicht reflexiv vergewissern.

Politische Theorie ist angesichts solcher möglichen qualitativen Selektivitäten nicht ganz so hilflos auf die Beschwörung eines angeblich universalen Verblendungszusammenhangs angewiesen, wie zu früheren Zeiten Kritischer Theorie Anhänger und Gegner der Kategorie manipulativ unterdrückter 'objektiver Interessen' meinten. Die Spezifika, welche den Kontext sozialer Spiele auszeichnen, die das Aufbrechen von Differenzen zwischen Idealpräferenzen und Realpräferenzen geradezu erzwingen, lassen sich institutionell nämlich recht genau angeben. Dies läßt sich anhand der kontrafaktischen Bedingungen der idealen Spielsituation mit tit-for-tat Lösungen von PD-Games leisten. Tit-for-tat meint, daß ein Akteur die Spielstrategie strenger Reziprozität wählt. Auf Kooperation des Mitspielers reagiert er mit Kooperation, auf Nicht-Kooperation analog mit Nicht-Kooperation. Die tit-for-tat Strategie geht bewußt das Risiko des ersten kooperativen Schrittes ein. Ihre Vertreter verhalten sich zunächst entsprechend ihrer Idealpräferenzen. Dies geschieht nicht aus Menschenliebe oder anderen moralischen Erwägungen, sondern aus dem interessenegoistischen Kalkül, daß man damit dem Partner seinen eigenen Kooperationswillen unzweideutig signalisiert und dessen Orientierung an der gleichen Idealpräferenz erhöht. Der sozialphilosophische Reiz der beschriebenen Strategie besteht darin, daß sie nicht nur die 'moralisch sympathischere' ist, sondern im Testvergleich mit allen anderen möglichen Spielstrategien auch als beste im Sinne effektiver Auszahlungen da steht.

Die optimalen Bedingungen für tit-for-tat Lösungen sind: hohe Spieliteration, kleine Spielergemeinschaften, stabile Spielerpopulationen mit gegenseitigen Informationen.<sup>7</sup> Im Umkehrschluß sind regressive Präferenzformulierungen demgegenüber unter folgenden institutionellen Bedingungen zu erwarten: (1) geringe Repetitivität verbunden mit begrenztem Zeithorizont der Akteure; (2) hohe Spielerzahl bei permanent wechselnder Zusammensetzung; (3) isolierte Spielsituation bei mangelnder Information über das Verhalten der Mitspieler. Demokratietheoretisch sind solche zunächst recht abstrakt klingenden Überlegungen nicht ohne Brisanz: denn alle drei der genannten Charakteristika treffen beispielsweise in geradezu paradigmatischer Weise ausgerechnet auf dasjenige Institut moderner westlicher Demokratien zu, das von seiner Legitimationsleistung als wohl tragend angesehen werden muß, nämlich die Ausübung des politischen Wahlrechts. Das demokratische Paradox der allgemeinen Wahl besteht darin, daß es gerade ihre Beitrittsoffenheit ist, die die Wahl bereits auf der gleichsam formalen Vorstufe politischer Rationalität<sup>8</sup> als interessenregressive Form einer politischen Institution erscheinen läßt.

---

7 Die drei Mindestbedingungen sind extrapoliert aus den Arbeiten: Axelrod 1984, Coleman 1986 sowie Taylor 1982, 1987.

8 Also noch unabhängig von der Frage, wieweit sie überhaupt für den von Offe als fehlend eingeklagten Einbezug des moralischen Gesichtspunktes in die Wahlentscheidung geeignet ist (Offe 1989:767f).

## 6. Probleme im normativen Anforderungsprofil Kritischer Demokratietheorie

Nicht allein die Antworten auf die demokratische Frage fallen unterschiedlich aus. Klärungsbedarf besteht auch immer mehr, wenn es um die schlichte Angabe dessen geht, auf welche Fragen Demokratie denn überhaupt als Antwort gelten soll. Eine Demokratietheorie, die beansprucht, kritisch sein zu wollen, bedarf - so lautet auch das Postulat Honneths (1992:62) - einer überzeugenden normativen Explikation, wenn sie bestehende Formen von Demokratie kritisieren möchte. Für diese Aufgabe genügt es nicht mehr, lediglich im immanent-ideologiekritischen Verfahren bestimmte Normsetzungen einzuklagen, sondern bedarf es einer gleichsam konstruktiven Normativität in dem Sinne, daß Demokratietheorie hinreichend gute Gründe für die Idee demokratischer Willensbildung zu mobilisieren vermag.

Angesichts der auch und gerade in der linken politischen Theorie herrschenden Begriffsverwirrung um den Bedeutungsgehalt von Demokratie, im dem vieles, was politisch als erstrebenswert gilt, mit dem Attribut demokratisch versehen wird, ist es dabei zunächst unumgänglich, den Kerngehalt dessen zu benennen, was als tragendes Prinzip von Demokratie zu gelten hat. Entgegen der sowohl in der dominierenden liberalen Demokratietheorie wie auch in ihrem kritischen Pendant bestehenden Tendenz, Demokratie schon im begrifflichen Ansatz mit mehreren Konnotationen gleichzeitig zu belasten, halte ich es für sinnvoll, unter Demokratie zunächst nicht mehr und nicht weniger als 'Volkssouveränität' zu verstehen, d.h. eine Angabe des Ortes, von dem alle staatlich organisierte Gewalt ausgehen soll. Aufgabe normativer Theorie ist es dann in einem zweiten Schritt, das derart abgespeckte Begriffsverständnis von Demokratie in eine überzeugende Konstellation zu den mit der Volkssouveränität konkurrierenden Prinzipien wie Rechtsstaat, Sozialstaat oder ökologische Unversehrtheit zu manövrieren. Gleichwie, ob die Konkurrenz der einzelnen Prinzipien dann im Schmittschen Sinne genüßlich gegeneinander ausgespielt oder in Anschluß an die liberale Demokratietheorie als sich spannungsreich ergänzend verstanden wird - Demokratietheorie muß im Konfliktfall das Primat der Volkssouveränität verteidigen können (»demokratische Vorrangthese«, Schmalz-Bruns 1992a) und im Idealfall die sinnvolle Integration der einzelnen Prinzipien unter der gemeinsamen Glocke der Demokratie deutlich machen können. Für Kritische Demokratietheorie müßte es deshalb unerläßlich bleiben, an Rousseaus Intention bezüglich des synergetischen Verhältnisses von Demokratie und liberalen Grundrechten festzuhalten: daß sich der souveräne Volkswille vereinbaren lassen wird mit der praktischen Vernunft (Habermas 1989:191f). Angenommen, daß eine solche Version der Rousseauschen Theorie zutreffend sei: mit Blick auf die Komplexität und Heterogenität moderner Gesellschaften ist Rousseaus Konzept der Selbstgesetzgebung für eine derartige Syntheseleistung auf jeden Fall ungeeignet. Sollte bei Rousseau der Praxis der Selbstgesetzgebung automatisch so etwas wie eine

vernünftige Struktur implizit gewesen sein, bedürfte Kritische Demokratietheorie in ihrer normativen Perspektive heute einer vergleichbaren These unter den Bedingungen komplexer Gesellschaften.

Nicht der akademischen Freude an Typologien wegen, sondern um überhaupt unterscheiden zu können, welche Antworten auf welchen Aspekt der demokratischen Frage passen, müssen unterschiedliche Problemwahrnehmungen bezüglich der normativen Infrastruktur des Demokratiebegriffs auseinandergehalten werden. Auf der ersten - und der gleichsam horizontalen - Achse von Demokratietheorie geht es um die Frage, auf welchen sozialen Gegenstandsbereich Demokratie sich überhaupt erstrecken soll. Die Kontroverse zwischen Rechtsstaat und Sozialstaat verläuft auf dieser Achse. Die Bandbreite der bekannten Positionen darüber, was überhaupt als demokratiefähig angesehen werden kann, reicht vom libertarianistischen Nullpunkt bis zur These der Politisierung sämtlicher Lebensbereiche. Auf einer zweiten - und sich bildlich vielleicht am besten vertikal vorzustellenden - Achse machen Demokratietheorien Aussagen über den anzupeilenden Abstand von Herrschern und Beherrschten in der Demokratie und damit über den demokratieadäquaten Interaktionsmodus. Liberale und elitäre Demokratievorstellungen verknüpfen ihre hierarchische Version von Demokratie über das Repräsentationsprinzip; die Gegenposition am anderen Ende der Skala lautet Basisdemokratie. Bezüglich der horizontalen und der vertikalen Achse hat sich Kritische Demokratietheorie in der Vergangenheit dadurch ausgezeichnet, daß sie ihrem kritischen Impetus in der normativen Orientierung sowohl die Ausweitung der Domäne von Demokratie auf möglichst viele Sektoren der Gesellschaft als auch die Realisierung einer stärker partizipatorischen Praxis von Demokratie beanspruchte. Die Selbstverständlichkeit dieser Forderungen ist innerhalb der linken Tradition der Bundesrepublik erst im Zuge der Wahrnehmung der ökologischen Problematik nachhaltig erschüttert worden (Hoffmann 1991:462).

Diese Reaktion hängt damit zusammen, daß Kritische Demokratietheorien, ob sie es nun zugeben oder nicht, immer auch Vorstellungen über den materialen Rationalitätsgehalt demokratischer Willensbildung haben. Der normative Aspekt der demokratischen Frage hat bei genauer Betrachtung zwei Bestandteile: einmal die normative Auszeichnung bestimmter politischer Formen als demokratisch oder undemokratisch; zum zweiten (im Unterschied zu dem auf Volkssouveränität abgespeckten Demokratieverständnis) die Qualifizierung einzelner Entscheidungen als demokratisch oder undemokratisch. Geht es im ersten Punkt um reine Verfahrensfragen, so handelt der zweite von den inhaltlichen Leistungserwartungen an Demokratie. Die hier anzutreffenden - und ebenfalls auf zwei unabhängigen Achsen vorstellbaren - Erwartungen betreffen einmal die sachliche Gütequalität demokratisch erzielter Problemlösungen sowie zum zweiten praktische, also moralphilosophische Fragen. Was die sachliche Gütequalität demokratischer Entscheidungen betrifft, so stellen die zunehmende »Dialektik einer zunehmenden Wissensbasierung von Politik bei gleichzeitiger Politisierung der Wissenser-



zeugung« (Schmalz-Bruns 1992a) sowie die Koordinierung des von der Systemtheorie beobachteten Auseinanderdriftens der Gesellschaft in Subsysteme mit autopoietischen Teilrationalitäten (Demirovic 1991) die größten Herausforderungen an moderne Demokratietheorie dar. Angesichts der derzeitigen technologischen Entwicklungen ist die Hoffnung - und als viel mehr kann man es wohl derzeit nicht bezeichnen - Kritischer Demokratietheorie, daß sich einmal mehr zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen lassen, sprich: daß demokratische Teilhabe mehr sachliche Handlungsrationalität verbürgt als der allgegenwärtige Trend zu Expertise (Fischer 1990, 1991). Kritische Demokratietheorie müßte plausibel machen können, daß auch angesichts zeitgenössischer Probleme der Ruf nach Demokratisierung und Partizipation sehr wohl Hand in Hand gehen kann mit einem sachlich anspruchsvollen Output demokratischer Entscheidungen. Sollte es sich nicht einsichtig machen lassen, daß partizipatorische Formen gesellschaftlich breit ausgelegter Demokratie eine Bias zugunsten politischer Entscheidungen von sachlich angemessener Gütequalität haben, müßte - in Abkehr von der bisherigen Tradition Kritischer Demokratietheorie - diese letztlich konsequenter als bisher gegen Partizipation und Demokratisierung ausgespielt werden (Offe/ Preuss 1991:159). Kritische Demokratietheorie würde damit (wie vor ihr der Liberalismus) die Demokratie doch wieder unter eine der Volkssouveränität äußere Vorrangthese stellen.

Was die Frage nach der praktischen Rationalität betrifft, so verläuft die aktuelle Kontroverse zwischen partikularistischen und universalistischen Positionen der Moralphilosophie. Demokratietheoretisch gesehen sind die derzeitigen Debatten zwischen den beiden Positionen oft wenig ergiebig, beruhen sie doch zu einem erheblichen Teil auf gegenseitigen Mißverständnissen. Der Vorwurf etwa von Richard Rorty oder auch Michael Walzer an Jürgen Habermas lautet, daß eine universalistische Normenbegründung schon im Vorfeld demokratischer Verfahren eine Vorentscheidung gesetzt hat. Stattdessen müsse aus demokratischer Perspektive die »priority of democracy over philosophy« (Rorty 1988) oder das lebensweltliche Chaos von »real-talk« (Walzer 1990) in Kauf genommen werden. Eine derart inspirierte Kritik an Habermas hat zwar Tradition - schon in den siebziger Jahren lautete der Vorwurf von Alexander Schwan, mit der Wahrheitsfähigkeit praktischer Fragen erhebe Habermas zugleich elitäre wenn nicht totalitäre Ansprüche. Dennoch läuft dieser Vorwurf ins Leere, da er schlicht den Punkt falsch fixiert, an dem universalistische Positionen zu einem Problem für Demokratietheorie werden. Auf mögliche elitäre Konsequenzen angesprochen, besteht Habermas geradezu pedantisch auf der Differenz zwischen idealen Diskursen, in denen es um die Absicht der Begründung von universalistischen Moralprinzipien überhaupt geht, und der Praxis in Anwendungsdiskursen, in denen den universalistischen Positionen von Philosophen nicht mehr zukommt als der Rang der Äußerung jedes beliebigen anderen Bürgers (Habermas 1991b:30). Das Problem stellt sich eher umgekehrt: wie kann ein derartig abgeschwächter An

spruch auf unmittelbare moralisch-praktische Durchschlagskraft noch als eine kognitivistische Ethik bezeichnet werden.

Wie dem auch sei, kritische Theorie hat sich in dieser Debatte bislang auf die universalistische Seite geschlagen und selbst da, wo sie die Zerrissenheit im soziokulturellen Profil moderner Gesellschaften nicht nur diagnostiziert, sondern auch noch beklatscht hat, mit der Formel der 'militanten Toleranz' (Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989:166f) eine zumindest implizit universalistische Position beibehalten. Das demokratietheoretische Problem, in das sich universalistische Sozialphilosophien begeben, besteht darin, daß sie zwar noch die Gütequalität bestimmter demokratischer Entscheidungen zu legitimieren vermögen, aber zunehmend sprachlos werden, wo es handlungstheoretisch um den vermeintlichen demokratischen Eigenwert politischer Aktivität geht. Ein Beispiel dafür bietet Habermas' Konzept der »freien Assoziationen« (Habermas 1989:203f, 1990:38f). Genaugenommen geht es Habermas mit ihnen bei aller verbliebenen Partizipationsrhetorik (im Unterschied zu den traditionellen Interessenverbänden der Pluralismustheorie) nicht um die selbstbewußte Vertretung von Interessen, sondern um deren Transformation in das Gemeinwohl (Nullmeier 1991:16). In der weiteren Auseinandersetzung mit den Communitarians wird die universalistische Position auf eine weitere sozialphilosophische Probe gestellt werden. Kritische Demokratietheorie müßte hier zeigen können, daß die Gegenüberstellung von Universalismus und Partikularismus gerade im Rekurs auf die intersubjektiven Gehalte des Demokratiebegriffs aufgehoben werden könnte. Einen möglichen Ansatz dafür liefert Michael Walzers Konzept der demokratischen Interpretationsgemeinschaft (Buchstein/Schmalz-Bruns 1992).

Aktuell finden sich in der Kritischen Demokratietheorie bei der Bewältigung der Probleme, die aus der Frage nach dem Rationalitätspotential von Demokratie herrühren, drei Optionen. Für die erste steht Habermas, wenn er gegen die unmittelbare Wahrheitsfähigkeit praktischer Fragen zunehmend auf die prozedurale Rationalität demokratischer Verfahren verweist und - auf Kosten von Partizipation - insbesondere das Recht mit erheblichen Zumutungen versieht (Schmalz-Bruns 1991:392). Der zweite Ausweg erfreut sich am 'linken Flügel' der Kritischen Theorie derzeit der größten Resonanz (Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989:53ff). Er läßt sich als eine von Hannah Arendt inspirierte Zelebrierung des politischen Handelns bezeichnen. Doch auch die damit angebotene Perspektive eines gleichsam linken Neoaristotelismus sollte nicht zu hoch veranschlagt werden. Die argumentative Strategie, politische Beteiligung als Selbstzweck zu predigen, geht aus dem Begriff der Volkssouveränität alleine noch nicht hervor. Zum anderen ist Arendt eher eine Art demokratische Theoretikerin des Ausnahmezustandes und bietet in ihrem Werk wenig Ansatzpunkte, das von ihr visionierte Handlungsmodell des Politischen in irgendeiner Form auf Dauer zu stellen. Gewichtiger noch ist schließlich der Einwand, daß es sich nur schwer vorstellen läßt, wie sich Arendts aktionistisches Handlungsmodell von Politik mit den genannten Rationalitätszumutungen problemlösender Detailpolitik vereinbaren

läßt. Die elitentheoretischen Äußerungen in ihrem Werk sind keine 'Ausrutscher', sondern logische Konsequenz ihrer Überlegungen.

Hier bietet - drittens - die bereits propagierte Hinwendung zu den institutionellen Aspekten des politischen Handelns eine Alternative. Sie gibt sich nicht mit der Habermasschen Empfehlung zufrieden, daß Volkssouveränität soweit entkonkretisiert werden muß, daß sie nur noch in der Form eines selbstbezüglichen Geistes der anspruchsvollen kommunikativen Voraussetzungen ihrer Implementierung existiert. Zu Recht bringt Habermas gegen den Neoaristotelismus immer wieder das Problem der moralischen Überforderung der Bürger in Anschlag (Habermas 1989: 208, 1991b:29f). Dieser Einwand läßt sich generalisieren. Institutionentheorie hätte dann im Rahmen Kritischer Demokratietheorie die Aufgabe, politische Institutionen danach zu evaluieren, inwieweit sie über eigensinnige Mechanismen der (negativ) Überforderung bzw. Unterforderung oder (positiv) passender Möglichkeitsbedingungen demokratischen Handelns verfügen. Einen aktuellen Ausgangspunkt derartiger Überlegungen bietet Hirschman (1982); Hirschman entwickelt einen Gedanken, der sich zurück bis zu John Stuart Mill verfolgen läßt (Buchstein 1992b).

## 7. Schlußbemerkung

Wie hoch der demokratietheoretische Ertrag der vorgeschlagenen Programmatik einer verstärkten Rezeption von Rational-Choice-Elementen für Kritische Theorie genau zu bemessen ist und inwieweit eine derartiges Programm mit der zuletzt skizzierten normativen Begründungsproblematik Kritischer Demokratietheorie verknüpft werden kann, stellt eine offene Frage dar.<sup>9</sup> Bei allen berechtigten Vorbehalten gegen das sparsame Rationalitätskonzept des strategischen Handlungsmodells von Rational Choice könnte auch eine Position, die sich weiterhin den universalistischen Standards kommunikativer Rationalität verpflichtet sehen will, von der vorgeschlagenen Integration von Rational Choice in die Kritische Demokratietheorie zumindest teilweise profitieren. Für die alltägliche Relevanz des moralfreien, strategischen Handelns gilt das gleiche Motto, mit dem in der

---

9 Ich vermute, daß sich das schlechte Verhältnis von Rational-Choice und Kritischer Theorie entspannen könnte, wenn man einen systematischen Vergleich der unterschiedlichen Konzepte von Individualisierung, wie sie sich in der traditionellen Kritischen Theorie, bei Rational-Choice-Theoretikern sowie in Habermas' Rede von der Individuierung durch Vergesellschaftung finden, anstellt. Für Adorno gilt, daß er für Phänomene wie Vereinsamung und Ich-Schwäche, die derzeit auf der Negativ-Kontoseite in der Debatte zum soziologischen Stichwort 'Individualisierung' aufgeführt werden, nicht die Existenz einer Marktgesellschaft, sondern im Gegenteil erst ihren Übergang in eine spätkapitalistische Formation verantwortlich macht. Das Medium des Marktes erscheint demgegenüber bei ihm rückblickend als ein gesellschaftlicher Bereich, in dem sich über reziproke Interessenskalküle überhaupt noch so etwas wie Identität erfahren ließ. Eine systematischere Gegenüberstellung könnte ergeben, daß bezüglich der Akteursqualifikationen Rational Choice teilweise ein Verbindungsglied zwischen Adornos Kritik der Vereinzelung und Habermas' positiver Auszeichnung von Individuierung darstellt.

Werbung derzeit der Marktanteil des alkoholfreien Bieres erhöht werden soll: 'nicht immer - aber immer öfter!'.<sup>10</sup> Mit dem Modell des zweckrationalen Akteurs und seinen partikularen Interessen kann offensichtlich ein immer größerer sozialer Wirklichkeitsbereich beschrieben werden.

Demokratiethorie ist mit dem vorgeschlagenen Ansatz in die Lage versetzt, auch unterhalb der Ebene 'richtiger' oder 'falscher' Interessen bestimmte institutionelle Designs als für politische Akteure reflexionsbehindernd und somit als interessenregressiv zu kritisieren. Angesichts der schon auf der sachlichen Ebene auftauchenden Komplexität beispielsweise ökologischer Problemstellungen, die sich durch »hohe systemische Vernetzung« auszeichnen und »einfachen Lösungen und darauf aufbauenden Forderungen kaum zugänglich« sind (Hoffmann 1991: 469), sollte dieses Kritikpotential nicht vorschnell verachtet werden. Kritische Demokratiethorie bedarf keines substantialistischen Wissens von einem Gemeinwohl, keines objektiven Klasseninteresses, keiner *volonté générale* und keines verallgemeinerbaren Interesses, um so zentrale institutionelle Errungenschaften westlicher Demokratien wie Wahlrecht, Koalitionsfreiheit und Meinungsfreiheit als zumindest ambivalent zu erkennen. Dieser Modus der Kritik gilt, solange politische Beteiligung primär über das allgemeine Wahlrecht abgedeckt wird und solange Wahlvorgänge wie auch die Organisation des Parteien- und Verbändesystems oder der politischen Öffentlichkeit konträr zu den Charakteristika der idealen Spielsituation institutionalisiert sind.

## Literatur

- Arato, Andrew; Cohen, Jean 1989: Politics and the Reconstruction of the Concept of Civil Society. In: Honneth, Axel (Hg.): *Zwischenbetrachtungen*. Frankfurt a. M.
- Axelrod, Robert 1984: *The Evolution of Cooperation*. Cambridge.
- Balbus, I.D. 1971: The Concept of Interests in Pluralistic and Marxian Analyses. In: *Politics and Society* 1, 151-177.
- Buchstein, Hubertus 1989: Franz L. Neumann im Schatten der Kritischen Theorie. In: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 25, 490-501.
- Buchstein, Hubertus 1992a: Zu einigen Problemen der politischen Machttheorien im Spätwerk von Franz L. Neumann und Otto Kirchheimer. Erscheint in: Herfried Münkler; Jürgen Gebhard (Hg): *Geschichte der Politischen Machttheorien*. Baden-Baden.
- Buchstein, Hubertus 1992b: Die Diskussion um das öffentliche Stimmrecht in der deutschen Wahlrechtsdebatte des 19. Jahrhunderts. Erscheint in: Gerhard Göhler (Hg): *Macht und Öffentlichkeit in der Demokratie*. Baden-Baden.
- Buchstein, Hubertus; Schmalz-Bruns, Rainer 1992: Gerechtigkeit als Demokratie. Zur politischen Philosophie von Michael Walzer. Erscheint in: *Politische Vierteljahresschrift*.
- Christman, John 1988: Constructing the Inner Citadel: Recent Work on the Concept of Autonomy. In: *Ethics* 99, 109-124.

---

10 »In modernen Gesellschaften wächst .. der Umfang regelungsbedürftiger Materien, die nur noch partikulare Interessen berühren und daher auf der Aushandlung von Kompromissen, nicht auf diskursiv erzielte Konsense angewiesen sind« (Habermas 1991b:23).

- Coleman, James 1986: Social Structure and the Emergence of Norms among Rational Actors. In: Andreas Diekmann/ Peter Mitter (Hg): *Paradoxical Effects of Social Behavior*. Heidelberg.
- Demirovic, Alex 1991: Ökologische Krise und die Zukunft der Demokratie. In: *Prokla* 84, 443-460.
- Dryzek, John S. 1987: Complexity and Rationality in Public Life. In: *Political Studies* 35, 424-442.
- Dubiel, Helmut 1992: Integration im modernen Staat. Erscheint in: Beate Kohler-Koch (Hg): *Staat und Demokratie* in Europa. Leverkusen.
- Elster, Jon 1987: *Subversion der Rationalität*. Frankfurt/Main.
- Elster, Jon 1989: *The Cement of Society*. Cambridge/Mass.
- Fischer, Frank 1990: *Technocracy and the Politics of Expertise*. Newbury Park.
- Fischer, Frank 1991: Risk Assessment and Environmental Crises: Towards an Integration of Science and Participation. In: *Industrial Crises Quarterly* 5.
- Frankfurt, Harry G. 1971: Freedom of the Will and the Concept of a Person. In: *The Journal of Philosophy* 68, 5-20.
- George, D. 1984: Meta-Preferences. Reconsidering Contemporary Notions of Free Choice. In: *International Journal of Social Economics* 11, 92-107.
- Goodin, Robert E. 1986: Laundering Preferences. In: Jon Elster/ Aamund Hylland (Hg): *Foundations of Social Choice Theory*. Cambridge, 76-101.
- Guggenberger, Bernd; Offe Claus (Hg): *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*. Köln und Opladen.
- Habermas, Jürgen 1988: Individuierung durch Vergesellschaftung. In: ders., *Nachmetaphysisches Denken*. Frankfurt/Main, 187-241.
- Habermas, Jürgen 1989: Volkssouveränität als Verfahren. In: ders., *Die Moderne - ein unvollendetes Projekt*. Leipzig 1990, 180-212.
- Habermas, Jürgen 1990: Vorwort zur Neuauflage 1990. In: ders., *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt/Main, 11-50.
- Habermas, Jürgen 1991a: *Vergangenheit als Zukunft*. Bern.
- Habermas, Jürgen 1991b: *Erläuterungen zur Diskursethik*. Frankfurt/M.
- Hardin, Russel 1982: *Collective Action*. New Haven.
- Hirschman, Albert O. 1982: *Engagement und Enttäuschung*. Frankfurt/Main 1984.
- Hirschman, Albert O. 1989: *Entwicklung, Markt und Moral*. München.
- Höffe, Otfried 1988: *Spieltheorie und Herrschaftsfreiheit*. In: Soziologische Revue 8, 384-392.
- Hoffmann, Jürgen 1991: Freiheit und Demokratie gegen Ökologie? In: *Prokla* 84, 461-481.
- Honneth, Axel 1985: *Kritik der Macht*. Frankfurt/Main.
- Honneth, Axel 1990: Logik der Emanzipation - Zum philosophischen Erbe des Marxismus. In: H. Krämer/ C. Leggewie (Hg): *Wege ins Reich der Freiheit*. Berlin, 86-106.
- Honneth, Axel 1992: Konzeptionen der Civil Society. In: *Merkur* 514, 61-66.
- Jeffrey, Richard. 1974: Preferences Among Preferences. In: *The Journal of Philosophy* 71, 377-391.
- Keck, Otto 1987: The Information Dilemma. In: *Journal of Conflict Resolution* 31, 139-167.
- Kirchheimer, Otto 1965: Der Wandel des europäischen Parteiensystems. In: *Politische Vierteljahresschrift* 6, 20-41.
- Marcuse, Herbert 1966: Das Individuum in der Great Society. In: Ders: *Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft*. Frankfurt/Main 1978, 157-184.
- Mueller, Dennis F. 1989: *Public Choice II*. Cambridge.
- Müller, Klaus 1988: Analytischer Marxismus. Technischer Ausweg aus der theoretischen Krise? In: *Prokla* 72, 39-70.
- Neumann, Franz L. 1936: *Die Herrschaft des Gesetzes*. Frankfurt/Main 1980.
- Nullmeier, Frank 1991: Zivigesellschaftlicher Liberalismus. In: *Forschungsjournal Neue Soziale*

- Bewegungen* 3/91, 13-26.
- Offe, Claus 1969: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. In: G. Kress/ D. Senghaas (Hg): *Politikwissenschaft*. Frankfurt/Main, 155-189.
- Offe, Claus 1986a: Demokratie und höhere Amoralität. In: *Der Traum der Vernunft*. Darmstadt, 218-231.
- Offe, Claus 1986b: Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien. In: Peter Koslowski u.a. (Hg): *Moderne oder Postmoderne?*. Weinheim, 143-172.
- Offe, Claus 1987: Democracy against the Welfare State? In: *Political Theory* 15, 501-537.
- Offe, Claus 1989: Fessel und Bremse. In: Axel Honneth u.a. (Hg): *Zwischenbetrachtungen*. Frankfurt/Main, 739-774.
- Offe, Claus; Preuss, Ulrich K. 1991: Political Institutions and Moral Resources. In: David Held (Hg): *Political Theory Today*. Stanford, 143-171.
- Preuss, Ulrich K. 1989a: Was heißt radikale Demokratie heute? In: *Die Ideen von 1789*. Frankfurt/Main, 37-67.
- Preuss, Ulrich K. 1989b: Perspektiven von Rechtsstaat und Demokratie. In: *Kritische Justiz* 20, 1-18.
- Preuss, Ulrich K. 1990: *Revolution, Fortschritt und Verfassung*. Berlin.
- Przeworski, Adam 1986: Methodologischer Individualismus als Herausforderung der marxistischen Theorie. In: *Prokla* 71, 120-143.
- Rasmussen, Eric 1989: *Games and Information: An Introduction to Game Theory*. Oxford/London.
- Riker, William 1982: *Liberalism against Populism*. Cambridge.
- Rödel, Ulrich; Frankenberger, Günter; Dubiel, Helmut 1989: *Die demokratische Frage*. Frankfurt/Main.
- Rödel, Ulrich 1991: Einleitung. In: Ders (Hg): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main, 9-38.
- Roemer, John E. 1982: *A General Theory of Exploitation and Class*. Cambridge.
- Rorty, Richard 1988: *Solidarität oder Objektivität? Drei philosophische Essays*. Stuttgart.
- Schelling, Thomas C. 1984: *Choice and Consequence*. Cambridge.
- Schmalz-Bruns, Rainer 1989: Civil Society - Neue Perspektiven der Demokratisierung. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 3-4/89, 20-34.
- Schmalz-Bruns, Rainer 1991: Die Rationalität politischer Institutionen - Ansätze einer rechtssoziologischen Analyse. In: Gerhard Göhler; Kurt Lenk; Rainer Schmalz-Bruns (Hg): *Die Rationalität politischer Institutionen*. Baden-Baden, 381-402.
- Schmalz-Bruns, Rainer 1992a: Die Konturen eines 'neuen Liberalismus'. Zur Debatte um Liberalismus, Kommunitarismus und Civil Society. Erscheint in: *Politische Vierteljahresschrift*.
- Schmalz-Bruns, Rainer 1992b: Selbstorganisation, Selbstregierung, Selbstverwirklichung: Die Idee der Öffentlichkeit im Spiegel moderner Demokratietheorie. Erscheint in: Gerhard Göhler (Hg): *Macht und Öffentlichkeit in der Demokratie*. Baden-Baden.
- Schumpeter, Joseph A. 1942: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. München 1980.
- Sen, Amartya 1974: Choice, Ordering, and Morality. In: S. Körner (Hg): *Practical Reason*. New Haven, 54-67.
- Taylor, Michael 1982: *Community, Anarchy, and Liberty*. Cambridge/Mass.
- Taylor, Michael 1987: *The Possibility of Cooperation*. Cambridge/Mass.
- Walzer, Michael 1990: A Critique of the Philosophical Conversation. In: Michael Kelly (ed.): *Hermeneutics and Critical Theory in Ethics and Politics*. London, 182-196.
- Wiesenthal, Helmut 1987: Rational Choice. In: *Zeitschrift für Soziologie* 16, 434-449.